Aus dem Inhalt:
S. 2: Kohleöl in Gefahr
S. 5: Firma Helmke: Millionenprofit
S. 8: Alternative zur Schauburg

UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP

notizen

Nr. 12
Dezember '84

aus Bottrop und Kirchhellen

Haushaltsentwurf '85: Die Stadt hat kein Geld – höhere Gebühren und weniger Arbeitsplätze – aber: mehr Rathaustourismus, Unternehmergeschenke und

... noch ein Parkhaus!

Unsere Stadt wird immer weiter in die Pleite getrieben. Die Leidtragenden sind die Bürger. Sie sind die Opfer der brutalen Unternehmerpolitik, die in Bonn betrieben wird und von den Städten ausgebadet werden muß. Trotzdem fahren SPD und CDU die Karre noch weiter in den Dreck. Einige Dreistigkeiten des neuen Haushaltsplanes der Stadt stellen wir vor. Lesen Sie auch die weiteren Artikel zum Thema Haushalt im Innenteil.

So plant die Verwaltung ein weiteres Parkhaus für rund 2 Millionen Mark. 1989 soll es fertig sein. Entstehen soll der Bau auf dem Hof der Bauverwaltung an der Luise-Hensel-Straße (ehemaliger Schulhof des Mädchenlyzeums). Benutzen dürfen das neue Parkhaus die städtischen Bediensteten – aber auch nicht jeder der 1600 städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Da für 2 Millionen vielleicht 100 Parkplätze gebaut werden, reichen sie gerade für Dezernenten, Amts- und Abteilungsleiter!

Auch die Ratsherren sollen nicht zu kurz kommen. Für den Ratsherrentourismus (offizielle Bezeichnung: Städtebegegnungen mit Blackpool und Tourcoing) werden 10 000 DM mehr bereitgestellt.

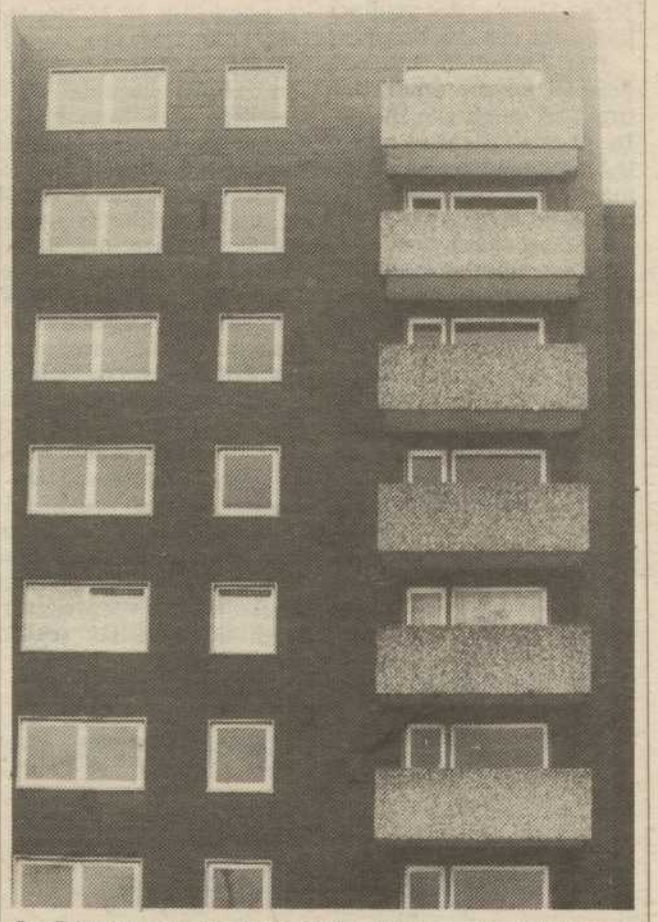
Dafür sollen die Bürger zahlen! Zum Beispiel durch höhere Hundesteuer von 114 DM auf 132 DM.

Während inzwischen nur noch jeder vierte Unternehmer Gewerbesteuer zahlt, werden auch weiterhin millionenschwere Geschenke verteilt. Die Gewerbegebiete Prosper I und Boytal schlagen mit 2,5 Millionen zu Buche.

Die Stadt betätigt sich weiter als Arbeitsplatzvernichter. 22 Stellen sollen 1985 abgebaut werden. Davon sind 15 Stellen für Arbeiter betroffen, vor allem Reinigungskräfte.

Allen Lesern der UZ-Notizen, allen Mitgliedern und Freunden der DKP wünschen wir ruhige Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 1985!

3000 suchen Wohnung



In Bottrop suchen über 3000 Bürger eine Wohnung. Gleichzeitig stehen in diesem Hochhaus der Thyssen-Wohnungsverwaltung an der Essener Str. 22 Wohnungen leer, weil die Mieter keine 1000 DM Warmmiete für 100 qm bezahlen können.

Ab 10. 12. bietet die DKP auf ihrem Weihnachtsbasar wieder Edeltannen ab 8 DM an. Auch interessante Bücher und sinnvolles Spielzeug können in der Zeit von 10–18 Uhr im DKP-Zentrum, Gladbecker Straße 83, gekauft werden (Tel.: 688157).

Vonderort: Keine Gefahr – weitere Untersuchungen

DKP-Anfrage im Ausschuß beraten

„Natürlich sind wir über die neuen Ergebnisse sehr froh", betonte DKP-Sprecher Siggi Rutz im Ausschuß für Stadtplanung und Umweltschutz. Beraten wurde dort die DKP-Anfrage zum Thema Grundwasser in Vonderort – die DKP hatte vor 8 Wochen eine Messung des Gelsenkirchener Hygieneinstituts veröffentlicht, die erhebliche Mengen Phenol aufwies.

Dem Ausschuß wurden nun von der Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Lorenz, und einem von der Firma Becker beauftragten Institut weitere Meßergebnisse vorgelegt. Das Resultat: Erhebliche geringere Werte und damit keine Gefahr!

Als Grund für die hohe DKP-Messung vermutete Frau Dr. Lorenz eine nahe Baustelle und dort verbrauchte Schutzanstriche.

Bei aller Erleichterung über die Ergebnisse wies DKP-Sprecher Siggi Rutz aber darauf hin, daß die stillgelegte Deponie bzw. deren Sickerwasser bisher nicht überwacht wurde. Deswegen habe die DKP in der Anfrage die Überwachung gefordert.

SPD-Sprecher Aust griff das Thema Überwachung auf. Er verwies u. a. auf die Sorgen der Kleingärtner auf der stillgelegten Kippe.

Einstimmig beschloß der Ausschuß, die vorliegenden Ergebnisse in Lippstadt beim Aufsichtsamt vorzulegen und weitere Kontrolluntersuchungen durchzuführen.

Das Opfer soll noch Strafe zahlen

Von Heinz Czymek Ratsherr

Halten Sie es für sinnvoll, das Opfer eines Raubüberfalls statt den Täter zu verfolgen? Und dem Opfer dann als Strafe noch einen Bußgeldbescheid über 700,– DM aufs Auge zu drücken? Unglaublich? Nein? Denn in der Stadtpolitik steht uns das bevor.

Das Opfer in unserem Beispiel ist die Stadt Bottrop und damit alle Bürger. In seltener Offenheit erklärte Stadtkämmerer Dr. Thormann (der städtische Finanzminister), wie die Stadtkasse durch die Raubzüge von Bundes- und Landesregierung geplündert wird. Seitdem die Bundesregierung den Unternehmern die Lohnsummensteuer schenkt und der Stadt wegnehmen, schreibt diese rote Zahlen.

Und was geschieht mit dem Übeltäter? Wird überhaupt der Versuch unternommen, von Bund und Land soviel Mittel zu erhalten, daß die Stadt ihre Aufgaben erfüllen kann? Mitnichten. An dem Punkt ist Dr. Thormann mit seinem Latein am Ende.

Statt dessen will er die Bürger zur Kasse bitten! Und das gleich zweimal. Durch höhere Gebühren und steigende Steuern holt die Stadtkasse sich im nächsten Jahr 80 Millionen DM (700 DM pro Kopf) von den Bürgern. Vor allem von den Arbeitern und Angestellten und ihren Familien. Nicht in erster Linie von den Reichen. Denn: Wieder einmal geht der Anteil der Gewerbesteuer an den Einnahmen der Stadt zurück. Außerdem zahlt der Bürger durch verschlechterte Leistungen der Stadtverwaltung drauf, während den Unternehmern weiter Geschenke angeboten werden.

Ist das bürgernahe Politik? Wir von der DKP-Fraktion werden jedenfalls alles in unseren Kräften Stehende tun, dagegen den Widerstand zu formieren, um die Bürger vor weiterer Ausplünderung zu schützen. Helfen Sie uns dabei!

DKP-Bürgerberatung

dienstags 17.00 Uhr,

DKP-Zentrum, Gladbacher Straße 83

Unbezahlbar

Kohleölanlage in Gefahr

Was will die VEBA?

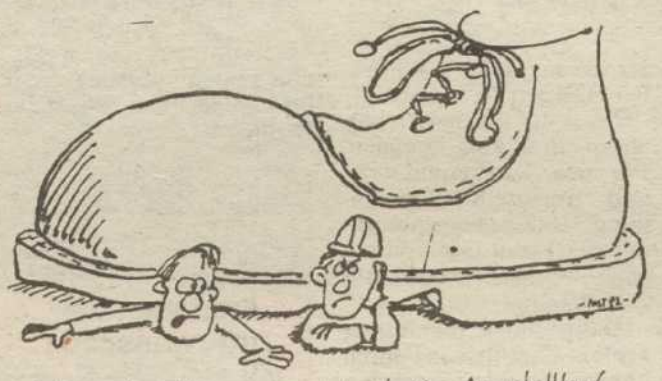
Bei der Ruhrkohle AG, die zusammen mit VEBA Betreiber der Bottroper Kohleölanlage in der Welheimer Mark ist, haben sich wichtige Veränderungen vollzogen, die unter Umständen auch die Kohleölanlage betreffen werden.

Zumindest taucht diese Frage auf, seitdem der VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder, seit August auch Aufsichtsratsvorsitzender der RAG, Zweifel geäußert hat, ob die VEBA sich weiterhin an dem Projekt Kohleverflüssigung beteiligen wird. In einem Vortrag vor den Führungskräften des Bergbaus im Mai dieses Jahres sagte von Bennigsen-Foerder: „Nur in Klammern erwähne ich hier die zur Entscheidung anstehende Frage der geplanten Errichtung einer Kohleveredlungsanlage im großtechnischen Maßstab. Hier wird die Haltung der VEBA zu überprüfen sein." (Nachzulesen in Zeitschrift für Energiewirtschaft, Nr. 2/84)

Die Frage ist aus Sicht der VEBA verständlich. Denn sie hält nichts von „Kohlevorrangpolitik". Steckt sie doch vor allem im Öl- und Kernenergiegeschäft. Und seit kurzem bestimmt die VEBA den Kurs der RAG mit 37 Prozent Aktienanteilen.

Was der Kohle und den Bergleuten helfen kann, ist nach Meinung der DKP eine politische Offensive der Parteien in unserer Stadt und der SPD-Landesregierung. Und die Kohleölgesellschaft muß schnellstens die restlichen Zweifel an der Umweltverträglichkeit der Anlage aus der Welt schaffen. Dabei steht Herr Specks im Wort, der versprochen hat, die Meßergebnisse über policyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (Krebserreger) zu veröffentlichen.

Siggi Rutz



Ich werde nicht ausgebeutet, ich bin Angestellter!

Notizen aus dem Rat

Willi Scharun (CDU) und Willi Pütter (SPD), haben mehr gemeinsam als den Vornamen. Neuerdings proben sie eine „Große Koalition". Der Grund: Beide wollen die Grünfläche zwischen Haus Hove und „Am Freitagshof" in ein Neubaugebiet für gehobene Ansprüche umwandeln. Darüber freuen sich Grundstücksbesitzer Thyssen und Baulöwe Becker. Einziges Hindernis bisher: Die Fläche ist im Flächennutzungsplan noch als Grünfläche ausgewiesen.

★

„Wir haben noch nie einen Bundeskanzler gehabt, der sich soviel geleistet hat, wie Helmut Kohl", sagte eine Mitarbeiterin des CDU-Büros gegenüber Mitgliedern der SDAJ, die am 26. 11. wegen der versprochenen Lehrstellen nachfragten. Sicher hat die CDU-Frau sagen wollen, „...der soviel geleistet..." – oder?

★

Obwohl die Frage von Ratsherr Hendricks (SPD) im Bauausschuß unbeantwortet blieb, ob die Gleisanlagen an der Knippenburg überhaupt der Stadt gehören, hatte die SPD bei der Abstimmung doch nichts dagegen, 101 000 DM für die Reparatur der Gleise zu bewilligen.

★

Anläßlich des 50jährigen Bestehens der Stadtbücherei überreichte die DKP-Fraktion Bücher von Marx und Engels sowie zur politischen Ökonomie. Bei dieser Angelegenheit sprachen sich Ratsherr Meichsner und Ratsfrau Aßmann dafür aus, die Bücherei mehr zu fördern.

„Wir kämpfen um unsere Existenz"

Thatcher macht 63 Zechen dicht

Seit März stehen 190 000 britische Bergarbeiter im Kampf um ihre Existenz. Massive Geldstrafen, brutaler Polizeieinsatz und Massenverhaftungen – ja selbst 7 Todesopfer – haben nicht vermocht, die Streikfront auseinanderzubrechen.

Der Streik ist die Anwort auf die Absicht der Regierung Thatcher 63 (!) Zechen zu schließen. Das wäre das Aus für die Arbeitsplätze von über 45 000 Bergarbeitern. Bei einer Arbeitslosenquote von mehr als 25 Prozent in den Kohlegebieten haben die Kumpels keine Chance, eine andere Arbeit zu finden. Was bleibt ihnen übrig, außer zu kämpfen?!

Das Vermögen der britischen Bergarbeitergewerkschaft ist aufgebraucht, bzw. von der Regierung beschlagnahmt. Die Familien der Bergarbeiter sind auf Sozialhilfe angewiesen. Wenn sie ein Päckchen der internationalen Solidarität bekommen, wird ihnen das noch von der kargen Unterstützung abgezogen.

Die Regierung schikaniert die Bergarbeiter, wo sie kann. Sie versucht sogar, die Weitergabe von Lebensmitteln, die von ausländischen Gewerkschaften gespendet werden, zu verhindern. So geschah es jüngst, daß der Zoll in einem englischen Hafen die Entladung eines Schiffes aus der Sowjetunion verweigerte. Erst als die Hafenarbeiter damit drohten, in einen Streik zu gehen, gab er Zoll seinen Widerstand auf.

Auch mit den üblichen Verleumdungsmaschen arbeitet die Regierung gegen die Bergarbeiter. So wurde aus der Solidarität der libyschen Gewerkschaft für die britischen Kumpel die Schlagzeile: „Bergleute bekommen Geld von Terroristenchef!"

Die DKP hat durch eigene Initiativen schon viel Geld gesammelt und wird dies weiter tun. Die DKP-Ratsfraktion hat zum Beispiel ihre Monatsdiäten des Monats November auf das Konto der Solidarität mit den britischen Bergarbeitern überwiesen.

Hans-Peter Krones

Herausgeber für den Kreisvorstand der DKP Bottrop und die DKP-Fraktion des Rates der Stadt Bottrop: Heinz Czymek.

Verantwortlich für den Inhalt: Siegfried Rutz Bottrop, Gladbecker Str. 83

Druck: Plambeck & Co, Neuss

Herbert Dibowski, Bezirksvertreter und sachkundiger Bürger, Viktoriastr. 6, Tel. 33855

Elisabeth Aßmann, Bezirksvertreterin und Ratsfrau, Stellv. Vorsitzende des Kulturausschusses, Schillstraße 29, Tel. 91593

Franz Meichsner, Ratsherr, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse, Boyer Markt 12, Tel. 41438

Johann Jindra, sachkundiger Bürger, Mathias-Stinnes-Platz 9, Tel 42289

Rolf Zydeck, sachkundiger Bürger, Kalverkamp 34, Tel. 35050

DKP-Fraktion komplett Fortsetzung

Die DKP-Fraktion ist inzwischen komplett. Nach den Ratsvertretern stellen wir heute die Bezirksvertreter, die sachkundigen Bürger und die Ausschußvorsitzenden im Bild vor.

Bezirksvertreter

Im Bezirk Süd wurde **Herbert Dibowski** (Chemiewerker und Betriebsrat) wiedergewählt. Hier hatte die DKP 11 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Im Bezirk Stadtmitte vertritt wieder **Elisabeth Aßmann** die DKP – sie ist weiterhin auch im Rat. Im Bezirk Mitte erreichte die DKP 8 Prozent. In Kirchhellen gelang der Einzug in die Bezirksvertretung (trotz Verdoppelung auf jetzt 2,4 Prozent DKP-Wähler) noch nicht.

Ausschußvorsitz

Ratsherr **Franz Meichsner** wurde vom Rat zum Vorsitzenden des **Verkehrsausschusses** gewählt, Ratsfrau **Elisabeth Aßmann** zur stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturausschusses. Die DKP-Ratsleute wollen sich vor allem für mehr Bürgernähe der Ausschüsse einsetzen.

Sachkundige Bürger

In mehrere Ausschüsse hat die DKP wieder sachkundige Bürger entsandt: **Johann Jindra** (Bauausschuß), **Rolf Zydeck** (Wirtschaftsförderung und Grundstücke), **Hans Namyslo** (Sport), **Siggi Rutz** (Planung und Umwelt), **Martina Peukert** (Kultur- und Planungsausschuß) und **Norbert Schäfers** (Jugendwohlfahrtsausschuß).

Hans Namyslo, sachkundiger Bürger, Knappenstr. 19, Tel. 60920

Siggi Rutz, sachkundiger Bürger, Peterstr. 13, Tel. 28180

Martina Peukert, sachkundige Bürgerin, Germaniastr. 27. Tel. 66980

Norbert Schäfers, sachkundiger Bürger, In der Schanze 41, Tel. 28836

Kurzes Gedächtnis bei Schmitz (SPD) und Trottenburg (CDU)

Bürgernähe – das war im Wahlkampf ein Zauberwort. Die CDU hatte sogar einen eigenen Slogan: „Bürgernah – für alle da!", und auch die SPD versprach den Wählern mehr Bürgernähe. Auch nach dem Wahltag, die CDU verlor über 4 Prozent, versprach die CDU, sie wolle den Verlust „durch mehr Bürgernähe" wettmachen. Und die SPD (Verlust 1 Prozent) wollte „das Gespräch mit dem Bürger" suchen.

In der zweiten Ratssitzung Mitte November hatten beide Gelegenheit, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Da lag ihnen ein Antrag vor, der Rat und Ausschüssen mehr Bürgernähe gebracht hätte. In diesem Antrag der DKP-Fraktion wurde vorgeschlagen, mehr sachkundige Bürger in die Ausschüsse zu berufen, für die Problembereiche Frauenrechte, Umwelt, Gesundheit und Wohnungen neue Ausschüsse einzurichten sowie für Bürgereingaben einen Beschwerdeausschuß zu schaffen.

Da war bei den Sprechern von SPD und CDU nicht mehr die Rede von mehr Bürgernähe. CDU-Chef Trottenburg wehrte sich gegen „eine Inflation" bei den Ausschüssen und sagte, man wolle alles beim alten lassen. SPD-Sprecher Schmitz war nur bereit, zusätzlich einen Finanz- sowie den Verkehrsausschuß einzurichten.

Positiv vermerkte die DKP, daß die GAL (Grüne und Alternative Liste) ebenfalls für einen zusätzlichen Umwelt- und Beschwerdeausschuß eintrat.

DKP-Ratsherr Heinz Czymek kritisierte die Haltung von SPD und CDU und kündigte an, daß die DKP in den nächsten Ratssitzungen weitere Vorschläge einreichen will.

So soll der Rat eine Bürgerfragestunde den Sitzungen voranstellen. Es sollen Einwohnerversammlungen durchgeführt werden. Weiterhin soll die Stadt ein kostenloses Mitteilungsblatt für alle Einwohner herausgeben.

Wilczoks Verstrickungen im Dschungel von d'Hondt

Ernst Wilczok erlitt in der letzten Ratssitzung eine deftige Niederlage. Wilczok, Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneter, hatte im Landtag ein Auszählverfahren bei den Kommunalwahlen durchgesetzt, das kleine Parteien benachteiligt. Wilczok hoffte, damit die DKP im Rathaus kleiner zu machen (nachzulesen u. a. in WAZ und RN vom 7. 5. 83). Sein besonderer Wunsch: Damit wäre die DKP auch nicht mehr im Verwaltungsrat der Sparkasse präsent.

Doch es kam anders: Erstens stimmten erheblich mehr Wähler für die DKP, und damit wurden fünf Ratssitze verteidigt.

Und zweitens: DKP und die vierköpfige Fraktion der GAL waren sich einig darin, Wilczok einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Bei der Wahl des Verwaltungsrates der Sparkasse wählte auch die GAL den DKP-Vertreter Meichsner (Vertreter Heinz Czymek). Und bei der Wahl des Aufsichtsrates der Gemeinnützigen Baugesellschaft unterstützte die DKP den GAL-Ratsherrn Michael Urban.

Das löste völlige Verwirrung bei Wilczok und den großen Fraktionen aus. Die Ratssitzung mußte für eine halbe Stunde unterbrochen werden. Doch das Wahlergebnis war korrekt: DKP-Ratsherr Franz Meichsner und GAL-Ratsherr Michael Urban gehören damit den Aufsichtsgremien von Sparkasse bzw. Gemeinnütziger Baugesellschaft an.

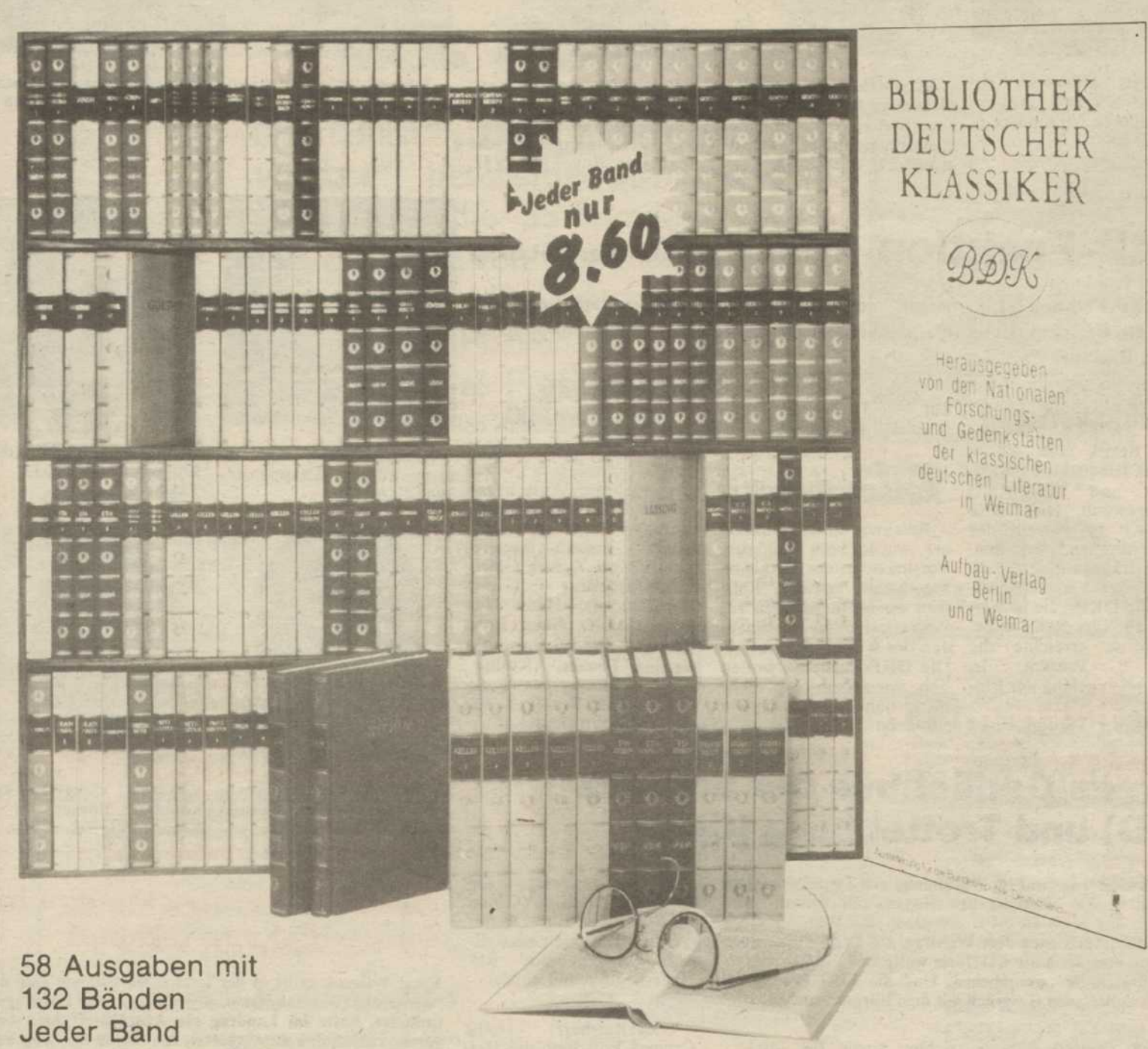
DKP und GAL vereinbarten, sich über die Arbeit in diesen Gremien gegenseitig zu informieren. Damit wurde der undemokratische Versuch von Ernst Wilczok, 15 Prozent der Bottroper Bürger von der Mitwirkung auszuschalten, durchkreuzt.

Fetter Gewinn für VEBA Wohnstätten AG

Die Veba Wohnstätten mit dem Bottroper CDU-Politiker Große-Wilde an der Spitze haben in 1983 eine Riesengewinn kassiert. Bei 432 Mio. DM aus Mieteinnahmen blieben unterm Strich 30,3 Mio. DM Überschuß. Fast eine Monatsmiete wandert so auf die Gewinnkonten der VEBA.

Und noch etwas verrät der Geschäftsbericht der VEBA AG. Die VEBA Wohnstätten ist auch in den Verkauf der alten Bergmannswohnungen eingestiegen. Etwas verklausuliert heißt es dort: „Der Verkauf von Streubesitz ist im Jahre 1983 verstärkt fortgesetzt worden."

BIBLIOTHEK DEUTSCHER KLASSIKER



58 Ausgaben mit
132 Bänden
Jeder Band
etwa 300–400 Seiten,
mit einem Bild des Dichters,
Ganzleinen, DM 8,60

Die Bibliothek deutscher Klassiker präsentiert große deutsche Dichter vom Zeitalter der Bauernkriege bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Originaltexte wurden von namhaften Wissenschaftlern durch umfangreiche Anmerkungen, Vor- und Nachworte erschlossen.

collectiv literatur

Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Viehofer Platz 15
4300 Essen 1
Tel.: (0201) 232014

Bestellcoupon

Stück	Titel	DM
	Gesamt	3 5 0

Bei Bestellungen unter DM 50,- für Versandkosten bitte miteinzahlen

Geliefert wird solange der Vorrat reicht

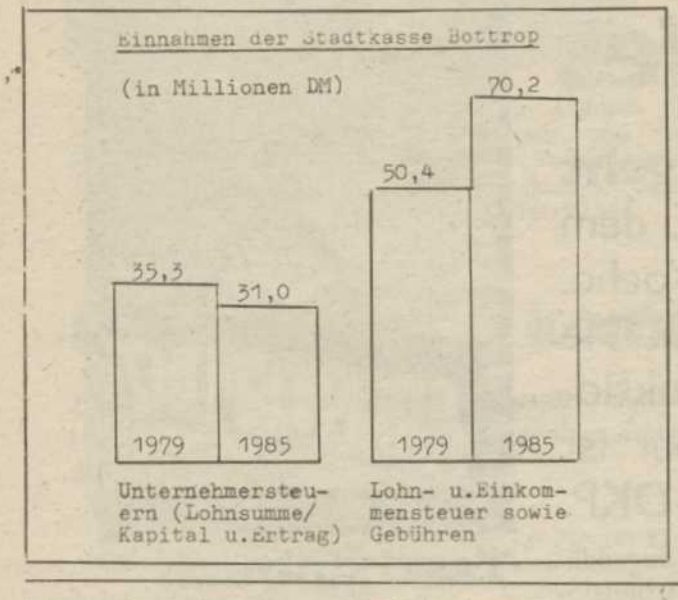
O Ich habe einen Verrechnungsscheck beigefügt

Datum, Unterschrift

Adresse:

Nur noch jeder 4. Unternehmer zahlt!

Unsere nebenstehende Grafik zeigt die Ursache für das Finanzdilemma der Stadt. Die Unternehmer zahlen heute weniger Steuern als 1979. Das hat folgende Ursache: Mit Wirkung vom 1. 1. 1980 schaffte damals die SPD/FDP-Bundesregierung die Lohnsummensteuer ab. Seit dem Machtantritt von CDU/FDP haben weitere „Steuererleichterungen" die Unternehmer beglückt. Inzwischen braucht nur noch jeder 4. Unternehmer Gewerbesteuer zu zahlen! Das trifft die Stadtkasse hart.



Der Bürger zahlt dagegen 50 Prozent mehr als 1979. Während jeder Arbeiter die Lohnsteuer automatisch abgebucht bekommt, sieht die Situation für die Besserverdienenden auch hier anders aus. Sie können die Vielzahl von Steuerfreibeträgen und Abschreibungen in Anspruch nehmen.

Und bei den Gebühren wird auch nicht nach Einkommen gestaffelt. Die Müllabfuhrgebühr ist die gleiche, egal ob eine Familie von Arbeitslosengeld leben muß oder 10000 DM im Monat zur Verfügung hat.

DDR-Umweltpolitik

Auf neun Seiten berichtet die Zeitschrift „Umweltmagazin" (Ausgabe Okt./Nov. 84) über die Umweltpolitik der DDR und einen Besuch des BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) im Nachbarstaat.

So weiß das Umweltmagazin zu berichten, daß der Energieverbrauch der DDR trotz Wirtschaftswachstum erheblich abnimmt und damit auch der Ausstoß von Umweltschadstoffen. Inzwischen würden auch 40 Prozent der Abfälle wiederverwendet.

Interessant sind auch die Fakten zum Waldsterben in der DDR, gerade wegen der bekannten Probleme. So sind heute bereits 12 Prozent der Kohlekraftwerke mit Entschwefelungsanlagen ausgestattet, bis 1990 sollen alle (auch die Altanlagen) entschwefelt werden. Bis 1990 wolle die DDR den Gesamtausstoß von Schwefeldioxid um mindestens 30 Prozent vermindern. (Zum Vergleich: Der größte Stromerzeuger der BRD, das RWE, will im gleichen Zeitraum den Schwefeldioxidausstoß nur um 17 Prozent mindern!) Ein Drittel aller Kraftwerke sind heute bereits mit der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung ausgerüstet.

Auch das Tempolimit von 100 km/h auf der Autobahn und 80 km/h auf der Landstraße will man beibehalten.

Norbert Schäfers

Terminplan

Einwendungen gegen den Haushaltsplan kann jede/r Bürger/in bis zum 26. 12. 84 bei der Stadt einreichen. Im Januar und Februar erfolgen dann die Beratungen in den Ausschüssen, Bezirksvertretungen und im Rat.

Wir informieren

Die Offenlegung des Haushaltsentwurfs durch die Verwaltung ist bereits am 4. 12. zu Ende gegangen. Die DKP kritisiert, daß die Verwaltung die Bürger und betroffene Verbände und Organisationen kaum über den Inhalt informiert.

Fragen zum Haushalt können Sie an alle Mitglieder der DKP-Fraktion oder an unsere Geschäftsstelle an der Gladbecker Str. 83 (Tel. 68 81 57) richten. Wir werden uns bemühen, alle Fragen zu beantworten.

Firma Helmke: Mit Umzug Millionen verdient

Gewerbeansiedlung: Dichtung und Wahrheit

Da hat die Firma Helmke GbR auf dem Gewerbegebiet Prosper I ein Grundstück erworben. 19813 Quadratmeter kaufte die Firma von der Stadt Bottrop. Nach Angaben der Stadt werden mit ca. 10000 qm Gewerbefläche 33 Arbeitsplätze neu geschaffen – die Firma Helmke GbR müßte also rund 66 Arbeitslosen eine Beschäftigung bieten.

Nun hat die Firma Helmke GbR ihren Speditionsbetrieb mit 24 Beschäftigten bisher in Gladbeck an der Bottroper Straße. Wenn Helmke umzieht, nimmt er die Leute mit – vernichtet dort also 24 Arbeitsplätze. Neue Arbeitsplätze? Fehlanzeige.

Des weiteren soll dort die Helmke Immobiliengesellschaft mit 12 Beschäftigten einziehen. Aber diese Mitarbeiter arbeiten jetzt in Büros in der Innenstadt. Auch keine neuen Arbeitsplätze!

Dann sollen zwei weitere Firmen dort Lager unterhalten, aber auch diese Firmen werden ihre Mitarbeiter woanders abziehen. Wieder keine neuen Arbeitsplätze!

Bleibt nur das Versprechen der Firma Helmke GbR, den Speditionsbetrieb um 10–15 neue Arbeitsplätze zu erweitern. Also: vielleicht 10–15 neue Beschäftigte statt 66, die die Stadt immer wieder anführt.

Und was kostet das den Steuerzahler? Die Firma Helmke GbR kauft den Quadratmeter für 12,– DM, das gesamte Grundstück für insgesamt 238000 DM, von der Stadt. Tatsächlich müßte die Stadt aber 56 DM für den Quadratmeter verlangen, weil sie das alte Prosper-I-Grundstück von Thyssen gekauft hat, alte Gebäude abgerissen wurden, Erschließungskosten anfielen usw.

Helmke „spart" also bei diesem Grundstücksgeschäft pro Quadratmeter 44 DM, bei 19813 qm ist das der stattliche Sonderprofit von 872000 DM. Und genau diese 872000 DM zahlt der Steuerzahler drauf und bekommt dafür nicht mehr als das Versprechen für 10–15 neue Arbeitsplätze.

Natürlich wird Helmke auch noch weitere Subventionen wie Investitionszuschüsse und Steuervorteile in Anspruch nehmen. Bei den rund 8 Millionen DM, die Helmke dort für Bauten investieren will, kann er auf über 2 Mill. weitere Zuschüsse aus Steuermitteln rechnen.

Wahrlich: So wird aus einem Umzug von Gladbeck nach Bottrop ein Millionengeschäft!

Blick in ein Bottroper Gewerbegebiet

Neulich im Rathaus

Ein Beitrag zur Aufarbeitung und Weiterführung des Kampfes

Werner Cieslak, Herausgeber, Mitglied des Präsidiums der DKP

Das Buch **„Der Kampf geht weiter"** beschäftigt sich mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche. Aus der Sicht von Kommunisten. Die Autoren sind Mitglieder und Funktionäre der DKP. Der Herausgeber ist Mitglied des Präsidiums der DKP.

Zu Wort kommen Arbeiter und Angestellte, Jugendliche, Studenten, Künstler und Schriftsteller, Arbeitslose und hauptamtliche Funktionäre der DKP. Zum Inhalt des Buches gehört der Erlebnisbericht des arbeitslosen Druckers, der Beitrag des Betriebsratsvorsitzenden aus Hessen, des engagierten Künstlers und der von Herbert Mies, dem Vorsitzenden der DKP. Bilder und Karikaturen zu den Beiträgen. Chronik und dokumentarischer Teil.

Taschenbuch
300 Seiten

Preis: 10,–

Verlag: Plambeck & Co, 4040 Neuss erhältlich im Buchhandel oder bestellen bei: collectiv-Versand, Postfach 1928, 4000 Düsseldorf.

Rheuma – Gicht – Arthrosen

Gute Heilerfolge bei allen Erkrankungen des Bewegungsapparates durch

Kur in Joachimsthal

27. 3.–17. 4. 8. 5.–29. 5. 25. 9.–16. 11.
17. 4.– 8. 5. 4. 9.–25. 9. 4. 11.–25. 11.

Pauschalkurpreis kompl.:
im Einzelzimmer ab 1045,– DM,
im Doppelzimmer ab 864,50 bis 2026,50 DM.
Visum und Bus ab/bis Frankfurt 150,– DM.

Ostern in Marienbad

Zum Kennenlernen vom 4. bis 9. 4. 1985.
Mit Bus ab Frankfurt, Vollpension und Progr. 486,– DM,
Einzelzimmerzuschlag 45,– DM.
Bitte Prospekte anfordern.

Reisedienst
Lieselotte Schmidt + Günter Arndt
Am Steinernen Kreuz 9 · 6230 Frankfurt 80
Telefon (0 69) 39 55 65 (9–15 Uhr)

Uhren aus **ruhla glashütte weimar**
für alle, die es mit der Zeit sehr genau nehmen

veb uhrenwerke ruhla
Leitbetrieb im VEB Kombinat Mikroelektronik
DDR · 5906 Ruhla, Bahnhofstr. 27

Immer in Bewegung

Die Postkarten der Arbeiterbewegung haben ihre Frische bewahrt. Wir haben einen Kalender (27,5 × 34,5 cm) darüber gemacht. Der Preis: **19,80 DM.** Das Wasser ist in Gefahr. Unser Kalender (50 × 42 cm) zieht Bilanz und regt zum Handeln an.

das Wasser

EDITION PLAMBECK für Umweltschutz
im Verlag Plambeck & Co · Postfach 10 10 53 · Neuss

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung

Umweltschutzkalender **29,80 DM** und Postkartensätze **5 DM.**

an der Wand

Frieden an allen Tagen

Ein Test für den Ernstfall

Aktionsreich und voller Einfälle waren sie – die Bottroper Friedenswochen 1984. Zahlreiche Menschen fanden sich zusammen, um sich entweder über die gegenwärtige Rüstungsproblematik zu informieren oder über ihre eigenen Erfahrungen im Kampf gegen den Kriegswahnsinn zu berichten.

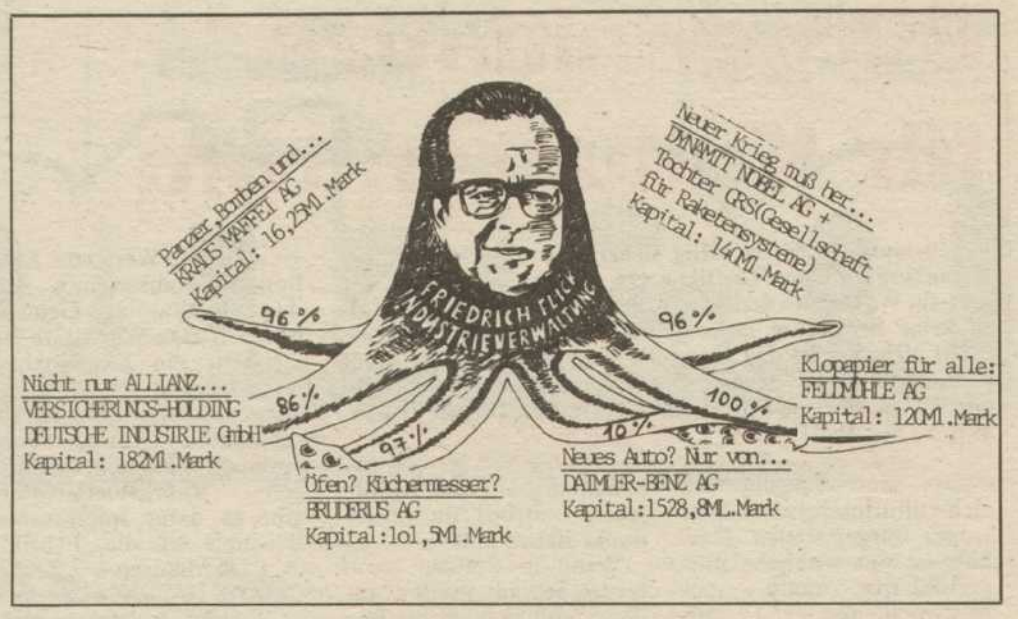
Zwei der Veranstaltungen seien hier stellvertretend genannt. Major Prieß, Mitbegründer einer Friedensinitiative von Soldaten und Offizieren der Bundeswehr und SPD-Bürgermeister in Hessen, erklärte den Anwesenden die neue NATO-Strategie (AirLand-Battle). Danach behalten sich USA und NATO-Staaten vor, alle Waffensysteme einschließlich nuklearer, chemischer und biologischer Waffen einzusetzen. Dabei wollen sie gleichzeitig ohne Vorwarnung bis tief in das Gebiet der sozialistischen Länder eindringen.

Major Prieß lehnte diese Kriegführungsstrategie als gefährlich für unsere Sicherheit ab. Vertreter der CDU und der amerikanischen Botschaft, die eingeladen waren, kniffen vor den sie entlarvenden Tatsachen.

In der DKP-Veranstaltung „Zeitzeugen gegen den Krieg 1914–1984" berichteten Theo Oslislok, Clemens Kraienhorst, Franz Meichsner, Siggi Rutz, Hubert Reichel und Claudia Überhoff über ihre Erfahrungen im Kampf gegen die alten und neuen Kriegstreiber. Heute stehen alte und junge Kommunisten gemeinsam auf gegen Reagans Kriegspolitik.

Neben solcherart Informationen gab es viele Aktionen zum Mitmachen. Da wurde für den Frieden öffentlich geschwiegen, Friedensgottesdienste abgehalten und „Wege des Friedens" beschritten.

Die gute Resonanz der Bürger auf die Friedensveranstaltungen macht Mut. Die gemeinsame Aktion gibt auch die Kraft, immer mehr Menschen anzusprechen für die wichtigste Aufgabe unserer Zeit: Weg mit der Aufrüstung – Frieden an allen Tagen!



Diese Arme reichen weit

Ein Flick kommt nie allein:

Es ist nicht mehr zu verbergen: Abgeordnete und Minister quer durch die Bonner Parteien werden geschmiert. Immer länger wird die Reihe der Zahlungsempfänger, die auf Flicks Schmiergeldliste stehen. Immer lauter wird die Frage, wie demokratisch, den Interessen des ganzen Volkes verpflichtet die Regierenden der BRD sind.

Flick ist vielleicht der Erfahrenste, mit Sicherheit aber nicht der einzige Gönner der Handaufhalter um Kohl, Strauß und Genscher. Laut FAZ laufen Verfahren gegen Mercedes, Porsche, Bosch, Karstadt, Kaufhof, Otto-Versand, Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Flick, Henkel, Siemens, Melitta, Madaus, Rheinmetall und Bayer Leverkusen.

Verständlich, daß die Forderung nach Offenlegung der Finanzen von Abgeordneten und Parteien immer lauter wird. Die DKP hat sich schon immer dafür eingesetzt. Aber ein Allheilmittel ist das auch nicht, wenn es darum geht, die Einflußnahme des Kapitals auf die Regierung zu unterbinden. Notwendig sind vielmehr Volksvertreter, denen nicht das Wohl der Konzernchefs wichtig ist – sondern das Wohl des arbeitenden Volkes. Solche werden mit Sicherheit nicht geschmiert und von Flick „ausgestattet".

Und notwendig ist, nicht nur die Zahlungsempfänger abzusetzen. Handlanger für solche, die Macht, Einfluß und Kapital besitzen, finden sich immer.

Notwendig ist vielmehr, die Zahlenden selbst – die Flick und Oetker, die Springer, Burda und Schickedanz und wie sie alle heißen – abzusetzen!

„US-Einmischung verurteilt"

„Hände weg von Nicaragua!" – Mit dieser Losung demonstrierten an die 100 Bottroper am 17. 11. ihre politische Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Nicaragua. Die Demonstranten unterstützten den bundesweiten Protest gegen die drohende militärische Intervention der USA in Nicaragua.

Was Nicaragua verteidigt

Demokratie und sozialer Fortschritt waren die Ziele der Revolution, die 1979 mit dem Sturz des Diktators Somoza siegte. Was wurde seither von diesen Zielen verwirklicht, und was verteidigt dieses Volk unter Einsatz des Lebens?

- Am 4. November 1984 wurden die ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes durchgeführt.
- 418 720 Menschen lernten in der Alphabetisierungskampagne ihre Sprachen – Spanisch, Miskitu, Sumo und Englisch – schreiben. Die Rate der Analphabeten wurde von 50,3 auf 12,9 Prozent gesenkt.
- Kostenloser Schulunterricht wurde eingeführt.
- 11 498 Wohneinheiten wurden gebaut.
- In 238 Neusiedlungsgebieten schuf man Verkehrsverbindungen, die 200 000 Menschen zugute kommen.
- Der Anteil der unter dem Existenzminimum lebenden Familien in Managua ging um 42 Prozent zurück.
- 31 000 Bauernfamilien erhielten 1 Million Manzanas Land.
- 60 044 Landarbeiter arbeiten in 3057 neugeschaffenen landwirtschaftlichen Kooperativen.
- Es wurden 309 Gesundheitszentren und -stationen errichtet.
- Das Kinderkrankenhaus „La Mascota" und Hospitäler entstanden in Masaya, Rivas und Matagalpa.
- Die Kinderlähmung wurde ausgerottet.
- Vier neue Altersheime wurden gebaut.
- 3,3 Millionen Impfungen wurden durchgeführt, um die Malaria und andere weitverbreitete Seuchen zu kontrollieren oder auszurotten.
- Der Rückgang der Kindersterblichkeit, der allgemeinen Sterblichkeitsrate, die Erhöhung der Geburtenrate und der Lebenserwartung sowie die Verringerung des Prozentsatzes an Unterernährung hat Nicaragua zu einem Modell für die medizinische Versorgung und ökonomisch rückständigen und armen Ländern werden lassen.

Fundsache

„Mit dem CDU-Politiker Philipp Jenninger bekommt die Bundesrepublik einen neuen Bundestagspräsidenten, von dem Bundeskanzler Kohl sagt, er sei ein souveräner Mann, ein Mensch voller Humor, mit breitem Wissen und von zupackender Art, kein esoterischer Zeitgenosse, sondern ein Mann zum Anfassen.

Wer wollte sich dieser Einschätzung entziehen? Es zeugt schließlich von großer Souveränität, daß Jenninger am 30. März 1976 in der Parlamentarischen Gesellschaft Bonn meine Plakate von den Wänden riß und darauf herumtrampelte. Bei dieser ordnungspolitischen, von tiefem Humor getragenen Maßnahme hat er deutlich seine zupackende Art bewiesen. Er hat durch sein beherztes Eingreifen gezeigt, daß er nicht nur ein Mann zum Anfassen ist, sondern auch selbst Hand anlegt, in diesem Fall an fremdem Eigentum. (Aus einer Mitteilung des Grafikers Klaus Staeck, aus DVZ/tat. 9. 11. 1984)

Bürgerinitiative für Kulturzentrum

Seit einiger Zeit ist völlig sicher, daß das Gebäude der Schauburg an einen Textilkonzern verkauft worden ist, der dort ein Warenhaus errichten will. Ab Mitte 1986 wird es also keine Schauburg mehr geben. Einen Ersatz bietet die Stadt nicht an. Ist das kulturelle Angebot in unserer Stadt nicht schon mies genug? Warum unternimmt die Stadt nichts, um einen entsprechenden Ausgleich für die Schauburg zu schaffen?

Das sind Fragen, die sich kulturinteressierte Bottroper Bürger stellen. Deshalb ist eine wirkliche Bürgerinitiative nötig. Am Mittwoch, den 12. 12. um 20 Uhr soll daher im Saalbau, Zimmer 203 eine Veranstaltung stattfinden, bei der das Schicksal der Schauburg und das Kulturleben Bottrops im Mittelpunkt stehen sollen.

Wenn in Bottrop etwas Neues geplant werden soll, dann muß es auch für Bürger/innen interessant sein, die nicht regelmäßig ins Theater gehen. Und dazu ist nicht unbedingt ein Neubau im Wert von Millionen Voraussetzung, wie das „Quadrat" zur Genüge beweist. Das Wichtigste ist vielmehr ein bürgernahes Konzept und die Möglichkeit, daß sich viele unterschiedliche Gruppen dort einbringen können. In einigen Ruhrgebietsstädten gibt es dafür interessante Beispiele, wie die „Fabrik" in Oberhausen, „Zeche Carl" in Essen, die „Zeche" in Bochum etc. Interessierte können sich näher informieren bei Viktoria Schipper, Zeppelinstraße 4, 4250 Bottrop, Telefon 2 66 53.

Für die Schauburg hat die Stadt keinen Ersatz anzubieten. Bottrop braucht ein Kulturzentrum!

Nikolausfeier mit der DKP

1950 Kinder besuchten in diesem Jahr die Nikolausfeiern der DKP in den verschiedenen Stadtteilen Bottrops. Viel Anklang fanden dabei das Akkordeonorchester unter Leitung von W. Wojak sowie das von Kindern dargestellte Märchenspiel „Die Bremer Stadtmusikanten". Das Wichtigste war natürlich die gutgefüllte Tüte, die der Nikolaus zum Schluß allen Kindern überreichte.

Die DKP-Nikolausfeiern haben eine lange Tradition in Bottrop. Ebenso lang geben die DKP-Ratsvertreter kräftige finanzielle Unterstützung für die Feier, indem sie aus ihren Diäten dafür spenden.

SDAJ-Bundeskonferenz in Bottrop

Aus dem ganzen Bundesgebiet reisen die Delegierten der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) an, um vom 14. bis 16. Dezember in Bottrop an ihrem Bundeskongreß teilzunehmen. Außerdem werden über 50 internationale Delegationen erwartet, u. a. aus Nicaragua, El Salvador und Vietnam, sowie eine Delegation britischer Bergarbeiter. Diskussionsgrundlage auf dem Bundeskongreß ist ein Aktionsprogramm, worin die Grundrechte der Jugend auf Arbeit, Bildung und Ausbildung gefordert werden.

SPD-Macha bricht Wahlzusage!

Vor der Kommunalwahl hatte sich die SPD um Kandidat Macha dafür eingesetzt, daß der Schulweg entlang der Baustelle an der Kirchhellener Straße als gefährlich anerkannt wird. Damit hätten die betroffenen Kinder sicher mit dem Bus zu den Schulen in Stadtmitte fahren können. Nach den Wahlen stimmten nun Macha und die SPD im Schulausschuß gegen die Anerkennung.

Die anwesenden Eltern waren zu Recht empört. Nur die DKP hatte sie im Ausschuß unterstützt. Bei der Ablehnung bediente sich die SPD einer besonderen Haarspalterei. Daß die Straße durch die Baustelle noch viel gefährlicher geworden ist, wurde gar nicht bestritten. So hatte man vor Jahren schon (noch ohne Baustelle) einstimmig die Fußgängerampel an der Grundschule beschlossen. Aber jetzt befand die SPD, der Schulweg wäre „nicht gefährlich im Sinne der Schulwegverordnung"!

Die CDU machte gemeinsame Sache mit der SPD. Das war nicht anders zu erwarten. Aber daß auch der Finger des GAL-Vertreters unten blieb, als es um die Jastimmen für den Elternantrag ging, erweckt Unverständnis. Auch der Antrag der DKP, die Eltern im Ausschuß sprechen zu lassen. wurde nicht nur von SPD und CDU, sondern auch von der GAL abgelehnt!

Ungenügend für Trottenburg!

Die Frauen in Bottrop haben besondere Probleme, die in einem besonderen Gremium behandelt werden müssen. Diese Feststellung war die Grundlage für den DKP-Antrag auf einen Frauenausschuß, der in der Ratssitzung am 19. 11. behandelt wurde. Mitwirken sollten in diesem Ausschuß u. a. auch die DGB-Frauen, Frauengruppen und Verbände, die die Probleme der Frauen durch ihre Arbeit kennen.

Dieser Antrag wurde mit unterschiedlichen Begründungen abgelehnt. Als besonders zynisch präsentierte sich dabei der CDU-Sprecher Trottenburg. Er meinte, so ein Ausschuß für Frauenfragen habe nicht mehr Berechtigung als ein Ausschuß für Tierschutz oder öffentliche Toiletten. Nun wissen wir Frauen zwar schon lange, daß wir von der CDU nichts zu erwarten haben. Uns allerdings laut Trottenburg mit dem letzten Dreck zu vergleichen, ist eine Unverschämtheit sondergleichen.

Selbstverständlich wird die DKP auch weiterhin die Anliegen der Frauen im Rat und in den Ausschüssen vertreten. Wir werden es nicht zulassen, daß die Interessen von mehr als der Hälfte unserer Bevölkerung unter den Tisch fallen. Im übrigen steht in Kürze auch der DKP-Antrag auf eine Gleichstellungsstelle zur Abstimmung. Wir sind gespannt, ob sich die SPD dann daran erinnert, daß diese Forderung auch in ihrem kommunalpolitischen Programm auftaucht. Auch die Forderung nach weiteren Ausschüssen (z. B. für Wohnen, Umwelt, Gesundheit) wurde lediglich von der GAL unterstützt. Damit entpuppt sich die vielzitierte „Bürgernähe" von SPD und CDU als eine leere Wahlkampfparole. Wenn es darum geht, mehr Bürgerbeteiligung durchzusetzen, kommt von den großen Parteien ein einstimmiges Nein.

Martina Peukert